

## Haushaltsrede der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Winterberg 2020

Torben Firley, SPD-Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eickler,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

Im letzten Jahrzehnt war gefühlt der demografische Wandel die große Herausforderung für das Gestalten unserer Zukunft. In kaum einer politischen Rede fehlte das Thema, von der Kommunalpolitik bis in die Bundespolitik. Dieses Thema wird uns sicher auch noch über Jahre beschäftigen, aber, zu Beginn des neuen Jahrzehnts müssen wir zugeben, dass der von den Menschen verursachte Klimawandel eine noch größere Herausforderung ist und wird.

Die weltweiten Proteste der Fridays for Future Aktivisten, bei denen sich überwiegend junge Menschen beteiligen, haben sowohl die Öffentlichkeit als auch die Politik aufgeschreckt. Schnelle, effiziente Klimaschutzmaßnahmen werden sicher für unsere Zukunft von Nöten sein

Zugegeben, nicht jedes ungewöhnliche Wetterereignis, wie z.B. dieser, aktuell milde Winter, mit zum Teil frühlinghaften Temperaturen im Januar, kann unmittelbar mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht werden, denn derartige Wetterphänomene hat es seit Beginn der Wetteraufzeichnung immer mal wiedergegeben.

Fakt ist allerdings, dass Wetterextreme in den letzten Jahren weltweit deutlich zugenommen haben. Beispiele dazu erleben wir mit anhaltenden Trockenperioden, fehlenden Niederschlag, dem Starkregen entgegensteht sowie Unwetter aller Variationen.

Extreme Wetterereignisse bringen vielfältige Schäden mit sich, sorgen aber auch für enorme Kosten in unterschiedlicher Ausprägung.

Beispiele die hier zu nennen wären sind unter anderem die riesigen, seit September 2019, auf einer Fläche von mehr als 107.000 km<sup>2</sup> wütenden Buschfeuer in Australien. Das würde für Deutschland bedeuten, dass die Bundesländer Bayern & Baden-Württemberg flächendeckend brennen.

Auch das Hochwasser in Venedig, weltweit wütende Stürme - hier wurde Deutschland zuletzt von Frederike getroffen – bis hin zu den Hitzerekorden und extremen Trockenperioden der letzten beiden Jahre. Dies lässt uns erkennen, dass auch wir direkt von den Auswirkungen der Extremwetter betroffen sind.

Lange Trockenheit führt zu erhöhter Waldbrandgefahr und möglicherweise zur Gefährdung der Trinkwasserversorgung, was die Wasserbestände unserer Talsperren deutlich machten und die Wassermenge in den Winterberger Brunnen im Sommer 2018 stark reduziert hat.

Für unsere Wälder bedeutet das einen zurzeit extrem erhöhten Borkenkäfer Befall mit noch nicht zu beziffernden Schäden.

Für den aktuellen Haushalt resultiert daraus, dass die Gewinnausschüttung aus dem Forstbetrieb an den städtischen Haushalt in 2020 nicht möglich sein wird. Die von uns 2019 beantragte Belassung des Gewinns im Forstbetrieb, die keine Mehrheit fand, muss in diesem Jahr zwangsweise erfolgen.

Sicher haben wir alle mit den aktuellen Schäden im Forst nicht gerechnet, aber die Forstgewinne aus 2019 wären jetzt bei der Schadensbeseitigung und der Wiederaufforstung mehr als hilfreich. Deshalb sind wir heute hier auf die finanzielle Unterstützung aus Land und Bund mehr als angewiesen.

Was beutet der Klimawandel zudem für den Tourismus in unsere Stadt?

Wird Wintersport im Sauerland weiter möglich sein?

Es wird aber immer vom langjährigen Mittel gesprochen. Das täuscht über die Tatsache hinweg, dass der Trend im Sommer deutlich stärker ist als im Winter. Wie die Werte der Station des Deutschen Wetterdiensts auf dem Kahlen Asten zeigen, gibt es in der langfristigen Kurve nicht so viele Veränderungen. Im Sauerland gilt von Mitte Dezember bis Mitte März die Jahreszeit Winter, hier liegt der Temperaturanstieg bei 0,1 bis 0,2 Grad in den vergangenen 30 bis 35 Jahren.

Trotzdem dürfen wir die Zeichen des Klimawandels nicht aus den Augen verlieren.

Für die warme Jahreszeit haben wir mit neuen Angeboten den Sommertourismus gestärkt. Vielfältige Freizeitangebote vom Kletterwald

über die Sommerrodelbahnen, die Wasserskianlage am Hillebachsee, über Adventure-Golf bis zum Bikepark und den Zip-Lines bieten unseren Gästen reichlich attraktive Abwechslung.

Aber auch wir politischen Vertreter müssen reagieren.

Im Frühjahr 2015 haben wir den Demografie-Check für alle Verwaltungsvorlagen beschlossen.

Wir stellen den Antrag auch Klimaleitziele zu definieren und künftig bei den Beratungen zu berücksichtigen, hier sollten wir dem Beispiel des Kreistags und anderer Kommunen folgen.

**Klimaschutz ist keine Erfindung der Popkultur – sondern die längst überfällige Notwendigkeit um Zukunft zu gestalten.**

Nun will ich mich hier den Finanzen widmen.  
Beginnen wir mit den Einnahmen.

Herr Bürgermeister, wir vermissen die von Ihnen im letzten Jahr so deutlich angesprochene Trendwende im Gemeindefinanzierungsgesetz.

Die Schlüsselzuweisungen sind nochmal um die Summe von 774 TSD EUR gesunken. Sie meinten doch nicht etwa schon im letzten Jahr eine negative Trendwende, die es hier ja definitiv ist?

Belegbar erhielt Winterberg schon 2019 fast 800 TSD EUR weniger an Schlüsselzuweisungen als im Jahr davor, was sich, wie gerade schon gesagt, in diesem Jahr fortsetzt. Hierin kann die SPD-Fraktion nur eine negative Trendwende sehen.

Immer noch ist die von der Landesregierung versprochene Neuordnung der Kommunalfinanzen nicht umgesetzt.

2018:	4.176.448 EUR
2019:	3.390.354 EUR
2020:	2.616.321 EUR

*Niedrige Schlüsselzuweisungen des Landes NRW: 774.033 EUR*

In der Summe fehlt Winterberg damit seit 2018 mehr als 1,5 Mio. EUR.

Während der rot-grünen Regierungszeit in NRW haben Sie Herr Bürgermeister den Rückgang der Schlüsselzuweisungen jährlich beanstandet und mit Kritik nicht gespart. Warum ist ihre durchaus berechnete Kritik zu den verringerten Schlüsselzuweisungen verstummt, seit ihre Partei Freunde in Düsseldorf regieren?

Schlimmer noch ist die Tatsache das in diesem Jahr die schwarz-gelbe Landesregierung die vom Bund zur Verfügung gestellte Integrationspauschale in Höhe von 151 Mio. EUR nicht an die Kommunen weiterleiten wollte.

Immerhin gibt es inzwischen die Zusage das wir 320 TSD EUR erhalten. Die tatsächlichen Kosten für Integration werden damit nicht gedeckt.

Unsere Stadt muss einen Eigenanteil von 490 TSD EUR nur für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge aufwenden.

In ihrer Haushaltrede 2015 haben sie uns einen Monolog gehalten und die Präsentation des Kämmers unterbrochen um persönlich - ausführliche Kritik an der rot-grünen Landesregierung zum Thema Finanzierung der Asylaufgaben zu üben.

Wo bleibt denn heute ihre Empörung?  
Unsere Ausgaben für die Flüchtlingsversorgung sind doch seit 2015 immens gestiegen.

Unser Fazit daraus: Ministerpräsident Laschet ist kein verlässlicher Partner der Kommunen. Entgegen seiner Versprechen im Wahlkampf. Wir haben das Vertrauen in diese Landesregierung vollständig verloren.

An dieser Stelle erlaube ich mir, Sie Herr Reuter zu zitieren:  
„Allein das Land ist für seine Kommunen verantwortlich.“

Aus diesem Grund beantragen wir folgende Resolution an die Landesregierung zu verfassen.

„Der Rat der Stadt Winterberg schließt sich der Forderung des Städte - und Gemeindebundes an, dass die Landesregierung die vollen Kosten für geduldete Asylbewerber übernimmt und die Flüchtlingspauschale von 10.500 EUR signifikant erhöht.“

Mit fast 5,8 Mio. EUR ist der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer erneut gestiegen. Der Grund hierfür findet sich erneut in der mit 2,9% im Januar 2020 niedrigsten Arbeitslosenquote im HSK.

2019: 5.666.798 EUR  
2020: 5.784.207 EUR

*Höherer Anteil Einkommenssteuer: 117.409 EUR*

Dies gilt auch – wie im Vorjahr - für den zu erwartenden Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer der mit rund 985 TSD EUR nahezu gleich hoch geblieben ist.

2019: 992.764 EUR  
2020: 984.713 EUR

*Niedrigerer Anteil Umsatzsteuer: -8.051 EUR*

Wir begrüßen den langen erwarteten Wegfall der Finanzierungsbeteiligung am Fond Deutsche Einheit, was für die Stadt die Summe von 373 TSD EUR positiv ausmacht.

Weiterhin profitiert Winterberg mit dem Status als Kurort von den Einnahmen aus der NRW-Kurorte Hilfe, die für das Jahr 2020 nahezu unverändert bleibt.

2019: 1.405.435 EUR  
2020: 1.450.790 EUR

*Höherer Anteil Kurorte Hilfe: 45.355 EUR*

Die Entwicklung der Kurbeiträge von 2.2 Mio. EUR sehen wir positiv.

Die erfreulichen Einnahmen von 5.8 Mio. EUR aus der Gewerbesteuer 2019 steigern sich erwartungsweise in 2020 um 1,3 Mio EUR auf rekordverdächtige 7,1 Mio EUR.

Vielen Dank dafür an unsere Unternehmer – es ist ausschließlich ihr wirtschaftlicher Erfolg!

2019: 5.800.000 EUR  
2020: 7.100.000 EUR

*Höherer Anteil Gewerbesteuer: 1.300.000 EUR*

Wie im vergangenen Jahr gehen wir aufgrund der positiven Entwicklung auch heute konform mit dem Haushaltsentwurf und sehen keinen Anlass die Grundsteuer A & B sowie die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Nach wie vor halten wir aber an unserem Vorschlag in Zukunft einen Systemwechsel vorzunehmen fest. Langfristig wird eine jährliche moderate dynamische Anpassung unvermeidbar sein.

*Grundsteuer A: 56.776 EUR unverändert*  
*Grundsteuer B: 3.000.000 EUR (2019)*  
*3.100.000 EUR (2020)*  
*Zweitwohnungssteuer: 1.265.000 EUR unverändert*

Erfreulicher Weise ist die vollständige Rückzahlung aller Kassenkredite gelungen. Ebenso erfreut uns die weiterhin bis 2022 geplante Auffüllung der Ausgleichsrücklage mit den geplanten verbleibenden Liquiditätsüberschüssen von 5,3 Mio. EUR.

Ein Artikel in der Westfalenpost vom Dezember 2019 ließ unsere Bürgerinnen und Bürger glauben, die Stadt sei nun schuldenfrei. Dem ist leider nicht so, denn investive Altverbindlichkeiten von 33 Mio. EUR sorgen auch heute noch für eine hohe Prokopfverschuldung und belastet natürlich entsprechend den Stadtsäckel. Die winzig kleine Richtigstellung der Westfalenpost wurde sicher von den meisten Lesern übersehen.

Unser gemeinsames Ziel für die nächsten Jahre muss das Vorankommen beim Abbau der investiven Verbindlichkeiten sein – auch wenn von diesen Krediten nicht das Risiko von Zinsschwankungen ausgeht.

Damit sind wir bei den Ausgaben:

Die Kreis- & Jugendamtsumlage ist mit jetzt 9.8 Mio. EUR der größte Posten im Haushalt. Wir sprechen hier von 27% des Gesamtvolumens.

In diesem Jahr ist die Kreisumlage leicht steigend.

2019: 6.177.031 EUR (Entwurf)  
2020: 6.289.647 EUR

*Kreisumlage Senkung Hebesatz von 35,36% auf 34,42%*

Sorgen macht uns die kontinuierlich steigende Jugendamtsumlage, in diesem Jahr mit einer Erhöhung 18,36% auf 19,1%

2019: 3.207.231 EUR (Entwurf)  
2020: 3.490.188 EUR

Leider ist hier weiterhin mit Steigerung zu erwarten, da sich die Fallzahlen erhöhen, was wir für ein gesellschaftliches Problem halten, dem die Politik nur schwer begegnen kann.

An dieser Stelle widme ich mich nun den Investitionen.

Selbstverständlich sind für uns die Investitionen in den Feuerschutz, das ist doch gut angelegtes Geld in diese Pflichtaufgabe. Unsere Vorschläge dazu, wie zum Beispiel die Finanzierung durch einen kurzfristigen Kredit, zur zeitgleichen Verbesserung der Situation in Züschen sowie Neuastenberg und Langewiese, werden wir gern im weiteren Verlauf der Beratungen in den nächsten Wochen einbringen.

Für das Projekt „Gute Schule“ - eine positive ‚Hinterlassenschaft der rot-grünen Landesregierung - steht die letzte vierte Rate für die Grundschule Winterberg zur Verfügung, eine gute Entscheidung.

Wir befürworten die Fortsetzung des Schulbauprogramms, nächste Priorität muss die energetische Sanierung & Instandhaltung der Gebäude haben. Durch die Wiedereinführung des G9-Abiturs ist auch für das Gymnasium die Erstellung eines Raumerweiterungs- und Qualitätskonzeptes erforderlich. Wir hoffen doch sehr, dass NRW seine Zusage gymnasiale Städte finanziell zu unterstützen einhält.

Der Glasfaserausbau zum Digital Pakt Schule ist auf den Weg gebracht. Da Bildung eine Landesangelegenheit ist sind wir der Meinung, dass auch die entsprechende Weiterbildung der Lehrkörper zur Umsetzung des Digital Pakt Schule vom Land zu finanzieren ist.

Wir unterstützen den Antrag des Bäderevereins, auch für das Jahr 2021, falls es dieses Jahr nicht zur Förderung kommt. Möglichst zügig mit Hilfe eines innovativen Büros - Umsetzung von ISEK, mit dem Schwerpunkt weitere Nutzung des Schulgebäudes, sowie Beseitigung der Schrottimmobilien an der Inselstraße in Siedlinghausen.

Unsere Fraktion wird sich dafür stark machen, dass Winterberg mit seinen Orten in der Zukunft lebenswert bleibt. Das bedeutet, wir werden uns dafür einsetzen, dass bezahlbarer Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger geschaffen wird. Dem Bau weiterer Ferienwohnungen bzw. Ferienparks werden wir nicht mehr zustimmen.

Soweit meine Ausführungen. Zum Abschluss meiner Rede will ich mich auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion ausdrücklich bedanken.

Zunächst bei unserem Tourismusedirektor, der in fast zwei Jahrzehnten, aktuell als Geschäftsführer der WTW, maßgeblich am Erfolg unserer Stadt beteiligt ist.

Wir hoffen aber, dass sein Wunsch Bürgermeister zu werden genauso unerfüllt bleibt, wie Olympische Spiele im Sauerland auszurichten. Wir freuen uns aber, wenn er uns noch bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand als Tourismusedirektor erhalten bleibt.

Unser ausdrücklicher Dank gilt besonders allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie der stadteigenen Betriebe für die erstklassig geleistete Arbeit.

Nicht zuletzt gilt unser Dank auch unserem Bürgermeister, Herrn Werner Eickler, mit dem wir über lange Jahre trotz oft unterschiedlicher Auffassung doch gut und konstruktiv zusammenarbeiten konnten.

Nach intensiver Beratung stimmt die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu, bringt dazu aber noch folgende Anträge ein.



## **Anträge**

A1:

Die Verwaltung wird beauftragt die Nutzung erneuerbarer Energien auf städtischen Gebäuden zu prüfen.

A2:

Der Rat fordert die Verwaltung auf eine ausreichende Beleuchtung an allen Bushaltestellen im Stadtgebiet sicherzustellen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.  
Glück Auf!